

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) Deswegen bin ich froh, dass es gelungen ist, trotz des Widerstands von Berlusconi jetzt zu einem europäischen Haftbefehl zu kommen. Ich bin froh, dass die Mitgliedsländer der Europäischen Union sich auf ein gemeinsames Maßnahmenpaket zur Terrorismusbekämpfung verständigt haben. Das war auch eine schwere Geburt. Ich bin froh über Eurojust und Europol. Ich sage auch hier noch einmal: Ich bin bereit, auch Europol in der mittleren und fernerer Zukunft exekutive Befugnisse zur Bekämpfung des Terrorismus und anderer schwerster Straftaten zu geben.

(Beifall bei der FDP)

Das darf auch nach deutschen Maßstäben allerdings nur rechtsstaatlich geschehen. Wir brauchen eine gerichtliche Begleitung und eine staatsanwaltschaftliche Kontrolle sowie eine Steuerung der Ermittlungsverfahren. Das ist unerlässlich; denn sonst findet Ermittlung im rechtsfreien Raum statt. Das darf auch auf europäischer Ebene nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Diese europäische Flanke muss also geschlossen werden. Dann wird aus dem Halben ein Ganzes. Daran arbeiten auch der deutsche Innenminister Otto Schily und die deutsche Justizministerin Hertha Däubler-Gmelin sowie die Staatschefs in diesen Tagen auf europäischer Ebene in Laeken.

Ich denke, dass wir auf einem guten Wege sind, das Leben der Menschen in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen und in ganz Europa ein Stück sicherer zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Innenminister. - Weitere Wortmeldungen haben wir nicht. Ich schließe die Beratung.

Wir stimmen ab über die **Überweisung des Antrags Drucksache 13/1867** und auch des **Entschließungsantrags Drucksache 13/2079**. Beide sollen an den **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform** - federführend - sowie an den **Rechtsausschuss** überwiesen werden. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? - Gibt es Gegenstim-

men? - Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**. (C)

Ich rufe auf:

**17 Gesetz über die Errichtung des Landesjustizvollzugsamts Nordrhein-Westfalen (Landesjustizvollzugsgesetz - LJVAG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/1846

erste Lesung

Zur Einbringung dieses Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Justizminister Dieckmann das Wort.

**Jochen Dieckmann, Justizminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung bringe ich den Gesetzentwurf über die Errichtung des Landesjustizvollzugsamts ein.

Der Gesetzentwurf ist das Ergebnis einer längeren, sehr intensiven Diskussion innerhalb des gesamten Justizvollzugs in Nordrhein-Westfalen. Er fügt sich in die Bemühungen ein, auch im Bereich der Justiz die Grundsätze der Verwaltungsmodernisierung zur Geltung zu bringen. (D)

Wir sind hier sehr weit fortgeschritten, und dementsprechend beherzigt der Gesetzentwurf unsere Kernziele: Er enthält Elemente der Aufgabenkritik und der Delegation - so, wie die Justiz insgesamt gekennzeichnet ist durch einen Prozess der Delegation vom Justizministerium auf die Mittelbehörden und von dort auf die örtlichen Behörden.

Das Ganze ist eingebettet in eine Organisationsentwicklung, die darauf abzielt, der jeweils unteren Ebene mehr Eigenverantwortung als bisher zu geben. Von daher hat der Gesetzentwurf gute Aussichten, einen wirksamen Beitrag zu leisten.

Nach der Beratung, die wir gestern über den Einzelplan 04 geführt haben, bedarf es nicht mehr großer prognostischer Kraft, um anzunehmen, dass alsbald der CDU-Abgeordnete Biesenbach hier in der ihm eigenen kräftigen Sprache das apokalyptische Bild malen wird, wie dieser Ge-

(Minister Jochen Dieckmann)

- (A) setzentwurf den Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen bedroht.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie beruhigen: Das Gegenteil ist der Fall. Dieser Gesetzentwurf stärkt den Strafvollzug in unserem Lande. Deshalb gibt es an der Basis des Strafvollzugs eine sehr deutliche Zustimmung. Das sollte den Landtag ermutigen, diesen Gesetzentwurf nach der gehörigen Beratung im Rechtsausschuss zu beschließen.

Die vorangegangenen Diskussionen waren - das habe ich gesagt - sehr ausführlich. Sie haben u. a. dazu geführt, dass wir uns in einem ergebnisoffenen Prozess, was den Standort des neuen Amtes angeht, für Wuppertal wegen seiner Zentralität entschieden haben. Wuppertal ist bereits ein anerkannter Standort des Justizvollzugs. Wuppertal wurde aber auch wegen seiner erkennbar besseren Erreichbarkeit für den Öffentlichen Nahverkehr und den Privatverkehr ausgewählt.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen braucht - anders als die anderen Bundesländer - eine leistungsfähige Mittelbehörde auch im Strafvollzug. Schaffen wir die Grundlage für eine solche leistungsstarke Mittelbehörde in diesem Gesetzentwurf! Ich freue mich auf die Beratungen im Rechtsausschuss.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Justizminister. - Herr Kollege Körfges, Sie haben für die SPD-Fraktion das Wort.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn ich soeben voll Furcht gesehen habe, dass Kollege Biesenbach während der letzten Wortbeiträge wie ein Weltmeister geschrieben hat, will ich versuchen, das hier in der nötigen Kürze von maximal zwei Minuten über die Bühne zu bringen.

Ich denke, wir werden im Rechtsausschuss eine Menge Gelegenheit haben, uns zu den streitigen Themen zu dieser Frage auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD-Landtagsfraktion begrüßen die Absicht der Regierung, auch im Bereich der Justiz Verwaltungsmodernisierung voranzutreiben.

(C)

Die Alternative zu dem, was im Regierungsentwurf vorgeschlagen ist, wäre: Es bleibt alles beim Alten. Wir stampfen die gesamte Mittelbehörde ein, oder aber wir machen eine einheitliche Mittelbehörde.

Wir gehen davon aus, dass die Möglichkeit, die einheitliche Mittelbehörde für Nordrhein-Westfalen zu schaffen, trotz aller Bedenken - auch vonseiten des Personals, auf die wir sicher in den Beratungen noch eingehen werden - die sinnvollere Alternative ist.

Ich denke, auch die Standortfrage muss uns in der Sache nicht kopfscheu machen. Sicher gibt es auch für andere Standorte in Nordrhein-Westfalen gute Gründe. Aber das, was zu Wuppertal vorgetragen worden ist, muss erst einmal für andere Standorte überprüft werden. Ich glaube, es spricht vieles für den Standort Wuppertal. Wir werden uns aber natürlich auch in der Frage mit den Personalvertreterinnen und Personalvertretern unterhalten.

Die Zusammenlegung kommt insbesondere durch die Synergien der Justiz in Nordrhein-Westfalen insgesamt zugute. Wir brauchen keine Wasserköpfe. Wir brauchen da einen Vollzug, wo es notwendig ist, an der Basis. Es geht um zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitskräfte. Dem trägt der Entwurf Rechnung. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(D)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Kollege Körfges. - Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Biesenbach das Wort.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Jetzt sind wir aber gespannt!)

**Peter Biesenbach (CDU):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen! Ich bin es nicht gewohnt und hatte auch nicht erwartet, freitags beim letzten Tagesordnungspunkt diese Diskussion heraufbeschwören zu können. Herr Minister,

(Peter Biesenbach [CDU])

(A) Sie haben gestern sehr nett gefragt: Wie ist die Nähe zur Wirklichkeit? - Das würde ich jetzt gerne zurückgeben. Wir werden abwarten, wie sich das entwickelt.

Herr Körfges, wenn Sie sagen, Sie sagen lieber wenig dazu, so kann ich das verstehen. Bezeichnend ist ja auch, dass heute Sie diese Stellungnahme abgegeben haben und nicht Herr Kollege Sichau. Denn dem könnten wir entgegenhalten, was er vor wenigen Jahren gesagt hat. Daran hat sich in der Sache überhaupt nichts geändert.

Was von dieser Vorlage zu halten ist, habe ich bereits gestern gesagt. Wegen der Kürze der Zeit nur wenige Wiederholungen. Die Vorlage ist unausgereift, und sie ist inhaltlich und sachlich teilweise schlicht falsch. Wir werden, wenn das hier noch einmal im Parlament zu diskutieren ist, mehr Zeit haben, um das deutlich zu machen. Das gilt auch für die entsprechende Diskussion im Ausschuss.

Aber an einigen Ecken lässt sich deutlich machen, warum ich diese These heute so stark vertreten kann. Wir lesen im Gesetzentwurf unter Punkt A - Problem -:

(B) "Im nordrhein-westfälischen Justizvollzug ist die derzeitige Struktur mit zwei Mittelbehörden in Köln und in Hamm auch unter Berücksichtigung des weit fortgeschrittenen Organisationsentwicklungsprozesses überholt."

Aus Expertenkreisen, Herr Minister, folgt Ihnen bei dieser Ansicht niemand freiwillig. Sachkenner bezeichnen die Vorlage inhaltlich teilweise als Frechheit. Selbst der auserkorene Präsident des neuen Amtes distanziert sich zum jetzigen Zeitpunkt deutlich von Ihrem Vorhaben.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Ich darf aus einem Schreiben von Herrn Hübner, dem Präsidenten des Justizvollzugsamtes Westfalen-Lippe vom 30. November 2001 an Sie zitieren:

"Insbesondere die Erwartung, dass das neue Amt als aufsuchende Behörde eine weitaus intensivere Betreuung und Beratung der nachgeordneten Justizvollzugseinrichtungen vor Ort als bisher übernehmen soll, wurde von den Bediensteten kritisch hinterfragt."

(Minister Jochen Dieckmann: Den eigenen!)

- Die Mitarbeiter des jetzigen Justizvollzugsamtes, die weiter mitmachen sollen, hinterfragen kritisch. (C)

In diesem Schreiben heißt es weiter:

"Dieses in der vorgesehenen Aufbauorganisation bereits umgesetzte Reformziel wird von den zukünftigen Mitarbeitern des neuen Amtes zwar grundsätzlich eindeutig unterstützt, die für seine Umsetzung vorgesehenen Rahmenbedingungen werden aber ... als unzureichend erlebt."

Ich zitiere weiter:

"Die neue Aufgabe der Mittelbehörde hätte wegen der damit verbundenen größeren Ortsnähe zunächst eine eher noch stärkere Dezentralisierung der Vollzugsorganisation als bisher nahegelegt."

Wer dieses Schreiben wenige Tage vor der Diskussion in diesem Parlament erhält und das von demjenigen, der auserkoren ist, der neue Chef dieser Behörde zu werden, muss sich fragen: Wie groß müssen die Sorgen all derjenigen sein, die sich nicht trauen, den Mund aufzumachen?

(Beifall bei der CDU - Bravo-Rufe von der CDU) (D)

Hochrangige Fachkenner - wir werden sie zu hören bekommen - sagen simpel: Mit der Zusammenlegung zum jetzigen Zeitpunkt wird der Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen um drei Jahre zurückgeworfen.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Bestätigt wird das durch die von Ihnen selbst, Herr Minister, im Juni 1999 eingesetzte ministerielle Arbeitsgruppe Vollzugsämter.

In der Niederschrift der Arbeitsgruppe vom 4. August 1999 wird festgehalten:

"Eine solche Aufgabe zu bewältigen, ist angesichts der vielgestaltigen Vollzugsorganisation in Nordrhein-Westfalen mit 37 Justizvollzugsanstalten zurzeit von fast 19.000 Gefangenen - jährlich durchlaufen allerdings ca. 50.000 Gefangene die Anstalten - und über 8.000 Bediensteten von einer Mittelbehörde aus sehr schwer."

Weiter heißt es:

(Peter Biesenbach [CDU])

(A) "Ohne deutliche Personalverstärkung"

- Sie wollen eine Kürzung -

"würde es bei mehreren schwerwiegenden Ereignissen in beiden Landesteilen zwangsläufig zu einer Zersplitterung der Ressourcen einer zentralen Mittelbehörde kommen. Dieser Zustand, den Sie wollen, würde zu einer Schwächung der Effizienz des Vollzuges führen, der besonders in Krisenzeiten schwer wiegt."

Sie haben eben deutlich gemacht, Sie wollten dem durch mehr Eigenverantwortung auf der unteren Ebene entgegenkommen. Dazu hat sich diese Kommission ebenfalls geäußert und sie kommt zu dem Ergebnis, dass die untere Ebene erst in die Lage versetzt werden muss. Sie muss qualifiziert werden. Das kann in den nächsten fünf bis sechs Jahren geschehen. Die Arbeitsgruppe hat vorgeschlagen, 2005/2006 erneut zu überprüfen, ob die Zeit reif ist für die Zusammenlegung.

Mit diesen Gründen haben Sie 1996, als die CDU die Zusammenlegung infolge des Kienbaum-Gutachtens wollte, abgelehnt.

(Minister Jochen Dieckmann: Aha!)

(B)

- Sie kennen die Gründe. - Diese Gründe haben auch 1999 dazu geführt, dass die Zusammenlegung abgewiesen wurde. Es hieß, wir prüfen 2006 neu.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

- Herr Remmel, daran hat sich nichts geändert, und es gibt keinen sachlichen Grund für die Zusammenlegung. Das Hobby des Herrn Vesper, gestern ausgedrückt, ist es, sich alleine durchgesetzt zu haben.

(Lachen von Minister Jochen Dieckmann)

Herr Minister, wir hätten uns gewünscht, Sie hätten sich dagegen wesentlich stärker gewehrt.

(Beifall bei der CDU)

Ich wurde von Fraktionsmitgliedern der SPD gefragt, ob ich ein Ohr am Kabinetttisch hätte. Auf meine Rückfrage, ob die Aussagen falsch sind, wurde beredt geschwiegen. Erzählen Sie uns doch hier keine Märchen! Die Gründe gelten weiter. In drei bis vier Jahren wird auch die CDU gerne bereit sein, diese Frage zu diskutieren.

Heute sagen 50 % der betroffenen Anstalten: Wir sind noch nicht so weit, wir brauchen stärkere Begleitung. Wer diese Begleitung nicht gibt, wer dem Hobby des Herrn Vesper folgt, gefährdet den Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen. Deswegen werden wir im Rechtsausschuss und im Plenum mit Experten diese Frage intensiv weiterdiskutieren und die Schwächen entsprechend aufdecken. Wir können uns auf die nächste Debatte freuen. Dann werden wir auch Zeit genug haben, all die Fragen zu diskutieren. (C)

(Beifall bei CDU und FDP - Brigitte Speth [SPD]: Wir haben Zeit genug!)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Biesenbach. - Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Söffing das Wort.

(Minister Jochen Dieckmann: Jetzt wird es seriös!)

**Jan Söffing (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die grundlegende Modernisierung der öffentlichen Verwaltung bildet nach Übereinstimmung der großen politischen Parteien in Bund und Ländern eine entscheidende Zukunftsaufgabe. (D) Blickt man aber auf entsprechende Bemühungen der Gebietskörperschaften, wird das Missverhältnis von Ankündigung und Ertrag deutlich. Die Grundübel des Wachstums, der Verflechtung und der Spezialisierung des öffentlichen Sektors haben auch in der nordrhein-westfälischen Landesverwaltung ihren Niederschlag gefunden. Diese Feststellungen, meine Damen und Herren, stammen aus dem Gutachten von Prof. Hesse zur Regierungs- und Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen.

Der heute vorgelegte Gesetzentwurf ist ein richtiger und wichtiger Schritt in die Richtung, die wir einschlagen müssen. Wir müssen zu einer Verschlankeung der Verwaltung kommen. Hierbei unterstützen wir Sie als FDP-Landtagsfraktion. Daran soll kein Zweifel aufkommen. Dies vorweg geschickt.

Zu den Inhalten: Richtig ist, dass die strategisch-politische Planung im Ministerium angesiedelt ist, aber auch nur die strategisch-politische Planung. Das operative Geschäft gehört, wie es in der Vergangenheit war, in die Vollzugsämter und wird die zentrale Aufgabe sein, die demnächst ein einheit-

(Jan Söffing [FDP])

(A) liches Vollzugsamt - wenn es dazu kommt - wird wahrnehmen müssen. Dieses einheitliche Vollzugsamt wird dann mit dem operativen Geschäft betraut, auch als Dienstleister für den nachgeordneten Bereich.

Es ist wichtig, dass heute von hier die Botschaft ausgeht, dass es bei der einheitlichen Mittelbehörde bleibt; denn das war die große Sorge der Bediensteten bei den Gesprächen gewesen, die wir in der Vergangenheit geführt hatten.

Wenn es in diese Richtung geht, wird ein einheitliches Landesjustizvollzugsamt unsere Unterstützung haben. Hierbei geht es darum, Verantwortung in den nachgeordneten Bereich zu delegieren, vor Ort, wo sie hingehört.

Ob aber durch die Zusammenlegung der beiden Justizvollzugsämter wirklich - wie es im Gesetzesentwurf erwähnt ist - Synergieeffekte durch frei werdende Kapazitäten, die dem Justizvollzug an anderer Stelle zukommen sollen, entstehen, vermag ich derzeit noch nicht abschließend zu beurteilen. Diese Frage werden wir sicherlich anhand der geplanten Organisationsstruktur der neuen Behörde im Rechtsausschuss eingehend diskutieren. Dem Überweisungsantrag stimmen wir selbstverständlich zu.

(B)

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Kollege Söffing. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Haußmann das Wort.

**Sybille Haußmann (GRÜNE):** Guten Abend, Herr Präsident! Guten Abend, liebe Kolleginnen und Kollegen, die noch hier sind! Damit komme ich gleich zu meiner ersten Vorbemerkung. Herr Biesenbach hat gestern beklagt, dass dieser Tagesordnungspunkt für die Regierungskoalition so unwichtig sei, dass er hier so spät behandelt wird. Ich muss aber feststellen, dass in Ihrer Fraktion dieser Tagesordnungspunkt auch nicht besonders wichtig genommen wird; sonst säßen hier vielleicht ein paar mehr als diese 10 oder 12 Leute.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der FDP - Gegenrufe von SPD und GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht bitte noch zwei Minuten Aufmerksamkeit auch für meine Rede. (C)

Die beiden nordrhein-westfälischen Justizvollzugsämter haben sich in den vergangenen Jahren einem enormen Wandlungsprozess unterzogen. Sie haben sich von einer verwaltenden Behörde zu einem Dienstleister für die Justizvollzugsanstalten im Lande entwickelt. Und nun kommt der nächste konsequente Schritt in diesem Prozess.

Bürokratie abbauen ist seit jeher zentrales grünes Anliegen.

(Lachen bei der CDU)

Die Zusammenlegung der Justizvollzugsämter soll das Verwaltungshandeln in der Justiz effizienter gestalten und Personalressourcen dorthin verteilen, wo sie tatsächlich gebraucht werden, nämlich bei den Justizvollzugsanstalten.

In vielen Gesprächen mit Personalvertretern sind uns immer wieder die gleichen Argumente entgegengehalten worden, die gegen ein einzelnes Justizvollzugsamt sprechen sollten: zu weite Anfahrtswege, zu wenig Kontakt zu den Anstalten, zu wenig Personal, um Beratungsaufgaben gegenüber den Anstaltsleitern wahrzunehmen usw.. (D) Diese Argumente sind aber nur dann stichhaltig, wenn man von den alten Führungsstrukturen ausgeht, wo jeder erst einmal ins Amt fährt, seine Post durchguckt und sich dann in die jeweilige Vollzugsanstalt aufmacht. Wenn man mit modernen Personalmanagementmethoden - mit Telearbeit, mit den Möglichkeiten, von zu Hause aus die Anstalten aufzusuchen, die in der Nähe des Wohnorts liegen - an die Sache herangeht, dann sieht das schon sehr viel anders aus.

Meine Damen und Herren, genau diese modernen Personalmanagementbereiche sind in vielen Verwaltungen schon eingeführt, sind in modernen Wirtschaftsbetrieben gang und gäbe, und ich wünsche mir das auch für das Justizvollzugsamt im Land Nordrhein-Westfalen.

Der Justizminister ist hier einen mutigen Schritt gegangen. Die grüne Landtagsfraktion unterstützt ihn darin. Aber wir erwarten von ihm auch die notwendigen Reformschritte im Personalmanagement, in der Personalführung und gegebenenfalls auch im Reisekostengesetz. Nur so können die vorgesehenen Einspareffekte erzielt werden, ohne die Qualität der Arbeit der Justizvollzugsämter zu schmälern.

(Sybille Haußmann [GRÜNE])

- (A) Ich bin gespannt, wie die Diskussion im Ausschuss weitergeht, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Haußmann. - Der Herr Justizminister hat sich noch zu Wort gemeldet. Bitte schön.

**Jochen Dieckmann, Justizminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren, es lohnt sich immer, etwas Zeit aufzubewahren, damit man gewisse Einlassungen von Herrn Biesenbach korrigieren kann. Er war ja erkennbar unter Druck. Aber das ist keine Rechtfertigung, wichtige Informationen vorzuenthalten.

In dem Brief, den Sie zitieren, Herr Abgeordneter Biesenbach, berichtet der Präsident des Landesvollzugsamtes Westfalen-Lippe über Stimmung und Ergebnisse einer Personalversammlung im Amt. Das ist keine Identifizierung, die der Präsident da vornimmt. Das Gegenteil ist der Fall.

- (B) Lassen Sie mich in aller Kürze sagen, damit Sie jetzt nicht mutmaßen müssen, was am Kabinetts-tisch besprochen wird - ich habe den Eindruck, dass Ihr Ohr da noch entwicklungsbedürftig ist -, dass der Kollege Vesper in keiner Weise Einfluss darauf genommen hat.

Der entscheidende Punkt - und deshalb ist es mir sehr lieb, dass Sie 1996 erwähnt haben -: Das Thema ist sehr alt, und wir müssen jetzt Klarheit darüber schaffen. Ich habe mich davon überzeugt - mit der deutlichen Mehrheit der Praxis -, dass seit 1999 erhebliche Fortschritte in der Organisationsentwicklung gemacht worden sind. Deshalb ist das jetzt der richtige Zeitpunkt.

Ich bemühe mich, relativ viel in den Justizvollzugsanstalten herumzukommen. Ich habe in weniger als drei Jahren die Mehrheit der Vollzugsanstalten schon besucht und habe noch keinen örtlichen Personalrat gefunden, der es nicht begrüßt hätte, als ich gesagt habe: Wir denken darüber nach, die Vollzugsämter zusammenzulegen. Es gibt eine deutliche Stimmung. Lassen Sie sich nicht nur von den Berufsorganisationen unterrichten, meine Damen und Herren von der CDU-Frak-

tion, sondern hören Sie auch auf die anderen (C) Praktikerinnen und Praktiker, die Männer und Frauen, die unter sehr schwierigen Arbeitsbedingungen, aber mit großem Engagement dafür sorgen, dass wir auch diesen Teil der inneren Sicherheit gut darstellen können.

Ich glaube, wir leisten einen wichtigen Beitrag dafür, dass hier Personalkraft frei wird. Das werde ich Ihnen im Rechtsausschuss im Einzelnen vorrechnen. Das kommt dann der alltäglichen Arbeit in den Vollzugsanstalten unseres Landes zugute.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Justizminister, ich wollte Sie gerade fragen, ob Sie eine Zwischenfrage beantworten. Aber vielleicht beantworten Sie noch eine Endfrage von Herrn Biesenbach. Ich wollte Sie nicht unterbrechen.

**Jochen Dieckmann, Justizminister:** Eine Nachfrage, weil Sie es sind, Herr Biesenbach; aber den Ärger bekommen Sie mit dem Plenum.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Also die Endfrage. Sie haben ja auch noch eine Minute. Bitte schön. (D)

**Peter Biesenbach (CDU):** Herr Minister, einverstanden, dass die Zitate von Mitarbeitern des Justizvollzugsamtes in Hamm waren. Das ist die Praxis für uns. Stimmen Sie mir denn zu, dass auf der Seite 3 dieses Briefes steht: "Dieses Vorbringen der Mitarbeiter wird von mir grundsätzlich unterstützt"? - Und das ist von Herrn Hübner.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Minister.

**Jochen Dieckmann, Justizminister:** Das mag so sein. Für mich ist das entscheidend, was mir der Präsident unmittelbar erklärt. Grundsätzlich ist die Praxis ein Prüfstand. Ich habe Ihnen schon bei früheren Diskussionen, Herr Biesenbach, gesagt: Messen wir den Vorschlag an dem, was er für die Praxis bedeutet. Ich bin sicher, dass er alle diese Fragen besteht. Wir haben uns diese Fragen sel-

(Minister Jochen Dieckmann)

(A) ber gestellt, wir haben sie nach gründlicher Prüfung rundherum positiv beantwortet, und ich bin sicher, dass das auch das Ergebnis der Beratungen im Rechtsausschuss sein wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Herr Justizminister. Wir sind dann am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/1846 an den Rechtsausschuss**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zu:

**18 Wirtschaftsstandort NRW nicht gefährden;  
kein deutscher Sonderweg;  
EU-Luftqualitätswerte 1:1 umsetzen**

(B) Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/1796

Meine Damen und Herren, eine Beratung ist heute nicht vorgesehen.

(Oh-Rufe - Zuruf von Edgar Moron [SPD])

- Ich weiß, das ist ein Trauerspiel. Aber Sie haben im Ältestenrat daran mitgewirkt, Herr Moron; Sie waren dabei.

Wir **stimmen ab**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 13/1796 an den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung - federführend - sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**. Die Beratung und Abstimmung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses im Plenum erfolgen. Wer für diese Überweisungsempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

**19 "Menschen mit großer Klasse - Lehrer in NRW"** (C)

**Attraktivitätskampagne für den Lehrerberuf müssen Taten folgen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/1864

Eine Beratung ist auch hier nicht vorgesehen. Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 13/1864 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses hier im Plenum erfolgen. Wer für diese Überweisungsempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zu:

**20 In den Ausschüssen erledigte Anträge**

Hier: **Übersicht 11**  
**gemäß § 88 Abs. 2 GO** (D)

Abstimmungsergebnisse  
der Ausschüsse zu Drucksachen

13/716	- AWF
13/756 EA	- AWF
13/1807 EA	- AWF
13/720	- ASchW
13/1115	- AELFN
13/1170	- AELFN
13/1223	- AEu
13/1349 EA	- AEu
13/1299 - Neudruck	- AWF
13/1733 EA	- AWF
13/1300	- AELFN
13/1313	- MedA
13/1392	- AKo
13/1516	- AWMT